

Evangelische Verantwortung

Demokratie und Christentum - Die Notwendigkeit einer Aufklärung

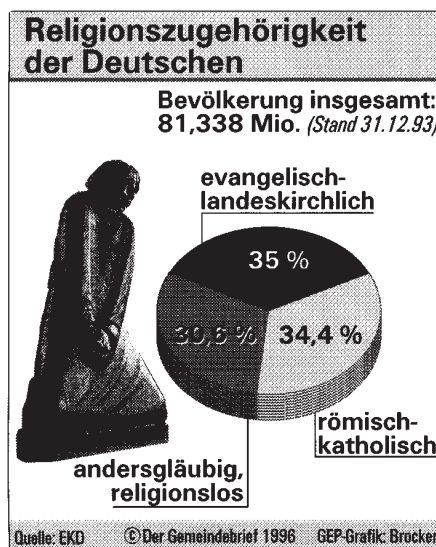
Fritz Hähle

Elisabeth Noelle-Neumann vom Allensbacher Institut für Demoskopie hat am 20. September 1995 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung die folgenden Umfrageergebnisse veröffentlicht.

Auf die Frage, ob es richtig ist, das Leben als eine Aufgabe zu betrachten, für die man bereit ist, sich mit allen Kräften einzusetzen, etwas zu leisten, auch wenn es mühsam ist, antworteten im Jahre 1956 die Bürger der Bundesrepublik Deutschland zu 52 % mit „Ja“. 1990 waren es im gleichen Gebiet nur noch 30 %, die das für richtig hielten. Die Frage, ob es richtig sei, das Leben vor allem zu genießen, beantworteten in der Bundesrepublik des Jahres 1956 33 % der repräsentativ Befragten zustimmend. 1990 waren 53 % der Meinung, das sei die richtige Lebenseinstellung.

Wandel der Lebenseinstellung

In den neuen Bundesländern hat sich seit 1990 in nur fünf Jahren ein Wandel der Lebenseinstellung vollzogen wie in der Altbundesrepublik in beinahe 40 Jahren. Die Ostdeutschen hatten die genannten Fragen im Jahre 1990 in ähnlicher Weise beantwortet wie die Westdeutschen im Jahre 1956 (50 % für Leben als Aufgabe, 22 % für das Genießen). 1995 sah das aber schon ganz anders aus: Nur noch 35 % waren für den „Ernst des Lebens“ und 45 % für ein Leben „nach Lust und Laune“.



Wie kam es überhaupt zu der erstaunlichen Ausgangslage, die das Meinungsbild im Jahr 1990 in den neuen Ländern bestimmte?

Die friedliche Revolution von 1989 war ein Sieg der Moral über die Unmoral, der Anständigen über die Unanständigen. Ich meine damit die **Moral des inneren Widerstandes gegen das Unrecht**, und die Anständigkeit, wegen der inneren Abneigung gegen das Regime auf Vorteilsnahme zu verzichten. Wer in der DDR nicht Mitglied der SED war, nahm bewußt in Kauf, daß er und seine Familie in vieler Beziehung benachteiligt sein würden. Trotzdem waren nur etwa 20 % der erwachsenen Bevölkerung in der SED. Diese Tatsache ist um so mehr zu würdigen, als die

Werbung für die Einheitspartei nicht etwa nach den in der Demokratie üblichen Verfahren der Mitgliederwerbung ablief. Es handelte sich vielmehr um ein regelrechtes Verhör, bei dem die Beweislast auf Seite des „Delinquenten“ lag. Er mußte bei Ablehnung des Ansinnens erklären, warum er nicht bereit sei, der „Partei der Arbeiterklasse“ beizutreten. Einer solchen „Behandlung“ mußte sich beinahe jeder irgendwann einmal unterziehen. 80 % sagten „nein“ und erfanden Ausflüchte zur Begründung der Ablehnung.

Hohe Erwartungen an die Einheit

Viele hatten die Last der ansonsten als Überlebensimperativ praktizierten Anpassung abgeworfen, lange bevor der Herbst 1989 die Befreiung brachte. Die Ostdeutschen sind 1990 mit hohen Erwartungen in die Einheit gegangen. Diese Erwartungen waren nicht nur auf materiellen Zueginn ausgerichtet - das waren sie auch. Nicht wenige meinten, in eine heile Welt zu kommen und wollten diese hinfort mit-

Themen- schwerpunkt Gemeinschaft

Beiträge:

Elend und Stärke politischer Visionen	3
Ehrenamt - Krise oder Wandel?	5
Ehrenamt in der Kirche	8
Aussiedlerarbeit	9

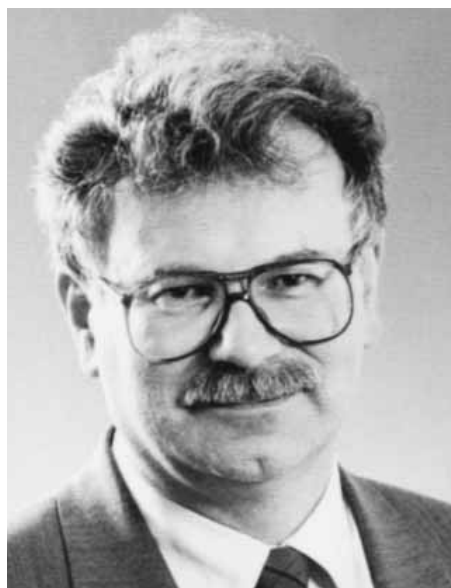
gestalten. Die Neubundesbürger mußten aber bald feststellen, daß sie im neuen Staat vieles nicht verstehen konnten. Sie meinten, statt des verhaßten kommunistischen Staates einen neuen, besseren Verwalter gewonnen zu haben, der sich um alle wichtigen Fragen kümmert, nur eben besser und wirkungsvoller als der bisherige. Es kam aber kein besserer Verwalter, es kam die Freiheit, auf deren Risiken sie nicht vorbereitet waren (Christoph Böhr: Der Schwierige Weg zur Freiheit: Europa an der Schwelle zu einer neuen Epoche/Bouvier, 1994). Kein Wunder, wenn sie mitunter Unverständnis zeigen!

Ursachen des Wertewandels

Wer klärt sie aber auf? Wer sagt ihnen, daß dem demokratischen Rechtsstaat aus guten Gründen nur Teilzuständigkeiten übertragen sind? Die Ostdeutschen können das nicht wissen und die Westdeutschen wissen es offensichtlich auch nicht mehr. Hier wie dort gilt inzwischen der Glaube, daß der Staat einerseits dem einzelnen nichts vorschreiben darf, andererseits aber für alles zuständig zu sein hat, was sich an Fehlentwicklungen in der Gesellschaft infolge einer als Beliebigkeit mißverstandenen Freiheit ergibt.

Wer weiß es denn überhaupt noch: Freiheit und Demokratie nach europäischem Verständnis sind nur möglich auf der Grundlage einer Kultur, die vom Erbe des Christentums und dessen Wurzeln im jüdischen Kulturkreis zehrt. Dieses Erbe kommt nicht nur denen zugute, die sich bewußt Christen nennen. Auch alle anderen, die in diesem Kulturraum leben, schöpfen daraus und halten es für eine Selbstverständlichkeit, daß sie im Rahmen allgemein akzeptierter Regeln tun und lassen können, was sie wollen. Die vernünftige Humanität der Aufklärung stützt sich auf die goldene Regel: „Behandelt jeden so, wie ihr von ihm behandelt sein wollt“ (Lukas 6,31). Am besten lebt es sich dort, wo diese Regel freiwillig eingehalten wird.

Daß wir inzwischen weit von diesem Idealzustand entfernt sind, zeigt sich u.a. in dem ständig wachsenden Aufwand des Staates, die Freiheitsrechte seiner Bürger zu schützen. Die größten Probleme bereitet dabei die **Kriminalität**, deren Häufigkeit und Schwere die Möglichkeiten der Gegenwehr bei weitem zu übertreffen



Dr. Fritz Hähle:
Suche nach verlässlichen Leitbildern

scheint. Langsam beschleicht viele die Angst, daß die Bekämpfung der Symptome ein aussichtsloses Unterfangen bleibt. Insbesondere in den neuen Ländern ist die Bevölkerung angesichts der vermeintlichen oder tatsächlichen Unfähigkeit „durchzugreifen“ vom Rechtsstaat enttäuscht, ist man doch vom einstigen DDR-Regime anderes gewöhnt.

Daß dieser Staat selbst kriminell war und daß es niemanden gab, der die Bürger vor der Staatskriminalität schützen konnte, wird leider schon allzuoft vergessen. Dieses Vergessen ist nach meiner Ansicht eine der Ursachen des Wertewandels, der sich, wie die eingangs erwähnten Umfrageergebnisse zeigen, in den neuen Ländern in den vergangenen fünf Jahren vollzogen hat. In ihrem ursprünglichen Streben, hinfert besseren Zielen zu dienen, haben die Neubundesbürger leider bei den Alteingesessenen nicht allzuvielen Bundesgenossen gefunden. War doch eine Mehrheit der Altrepublikaner inzwischen der Meinung, es sei richtig, das Leben, vor allem nur noch zu genießen.

Der Apostel Paulus tadelt eine solche Denkweise im 1. Brief an die Korinther (15,32) unter Hinweis auf den Propheten Jesaja. Des Propheten Wort „gegen den Übermut Jerusalems“ geht von folgender Zustandsbeschreibung aus: „Aber siehe da, lauter Freude und Wonne, Rinder töten, Schafe schlachten,

Fleisch essen, Wein trinken: Lasset uns essen und trinken; wir sterben doch morgen!“ (Jes. 22,13). Paulus stellt dieses Jesaja-Zitat in den Zusammenhang mit einem abhanden gekommenen Glauben an die Auferstehung: „Wenn (ihr der Auffassung seid, daß) die Toten nicht auferstehen, dann (gibt es nur noch ein:) lasset uns essen und trinken; denn morgen sind wir tot!“

Ich finde, das ist eine durchaus treffende Beschreibung des mehrheitlichen Stimmungsbildes in der Bundesrepublik des Jahres 1990. Es war von der weitgehend entchristlichten Bevölkerung der neuen Länder nicht zu erwarten, daß ihr die Kraft innewohnte, diesem Einfluß zu widerstehen.

Dabei wäre heute nichts notwendiger als ein neues Denken.

Umdenken erforderlich

Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus stehen wir an der Schwelle einer neuen Epoche. Ganze Völker haben ihre Orientierung verloren und suchen nach verlässlichen Leitbildern. Das vereinte Europa ist ohne Mittel-Osteuropa nicht denkbar. Die Herausforderungen der Gegenwart entsprechen durchaus denen der Nachkriegszeit. Nur: das Denken der Bevölkerung entspricht nicht mehr dem der 50-er Jahre.

Die gesamtdeutsche Krankheit liegt überwiegend in der Abkehr von der eigenen Kultur. Die Folge davon ist der schleichende Abfall vom Grundkonsens der Demokraten, wie er im Grundgesetz niedergeschrieben ist. Das Grundgesetz geht in der Präambel von der Verantwortung vor Gott und den Menschen aus. In Artikel 2 (1) ist von der Begrenzung des Rechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit durch das Sittengesetz die Rede. Beides haben die Verfasser des Grundgesetzes im noch wachen Entsetzen über die Barbarei der Nationalsozialisten bewußt so formuliert. In den zwölf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft waren die Kultur und die christlichen Traditionen der Deutschen brutal beiseite geschoben und politische Ziele ohne jegliche Rücksicht auf ein Minimum an Sittlichkeit verfolgt worden.

Die Zerstörung der Traditionen und kulturellen Wurzeln wurde in der DDR von der SED systematisch fortgesetzt. In der Bundesrepublik der Nachkriegszeit hat es dagegen eine Rückbesinnung auf die geistigen Werte und kulturgestaltenden Kräfte des Christentums gegeben. Daraus sind die Antriebskräfte für den erfolgreichen Aufbau zum großen Teil erwachsen. Dieses Potential ist heute - so scheint es - weitgehend verbraucht.

Renaissance christlicher Grundüberzeugungen?

Aus welchen Quellen wird das vereinte Deutschland hinfort schöpfen können?

Günther Rohmoser meint - und ich stimme ihm hier zu: „Die Wahrheit ist, daß die Kraft der Menschen, Krisen gemeinsam zu bewältigen, bis heute nicht beansprucht wird. Es ist jenseits des Anblicks, den die öffentliche Meinung wiedergibt, ebensoviel guter Wille und potentielle Bereitschaft in der Bevölkerung vorhanden wie während des Wiederaufbaus nach 1945. Wir brauchen heute eine Konkretisierung jenes Programms einer geistig-ethischen Erneuerung, das die CDU einmal versprochen hatte, und dessen Anwendung auf die neue geschichtliche Herausforderung.“ (Günther Rohmoser: Der Ernstfall: Die Krise unserer liberalen Republik/Ullstein, 1994)

Ich habe den Eindruck, daß sich in der Union schon viel zu viele damit abgefunden haben, daß die zur Selbstsucht verkommene Individualisierung der Gesellschaft und die Abkehr von den kulturellen Wurzeln angeblich nicht mehr rückgängig zu machen sind. Es ist wohl richtig, politisches Handeln den offensichtlichen Tatsachen anzupassen. Das allein kann aber nicht genügen. Warum glaubt kaum jemand an die Möglichkeit einer Renaissance christlicher Grundüberzeugungen? Warum findet sich selbst in den Kirchen **mehr Verzweiflung als Glaubenszuversicht?**

Die Amerikaner waren 1945 der Meinung, daß ohne Umschulung und politische Bildung in Deutschland die Demokratie nicht durchzusetzen sei. Im Ergebnis dessen sind die politischen Bildungswerke entstanden, die bis heute eine hilfreiche Arbeit leisten. Daß mit dem Beitritt der neuen Länder zur Bundesrepublik 16 Millionen Deutsche

von einer Diktatur in die Demokratie überwechselten, ohne daß sie bisher umfassend darüber aufgeklärt wurden, was das bedeutet, wie diese Demokratie funktioniert und aus welchen Wurzeln sie erwachsen ist, hat bisher kaum jemand bewußt zur Kenntnis genommen. Niemand muß sich deshalb wundern, wenn sich Ostdeutsche mitunter anders verhalten, als dies der Erwartung derer entspricht, die über eine längere Demokratieerfahrung verfügen.

Die neuen Bundesbürger sind keinesfalls in ihrer Mehrheit verkappte Kommunisten, sie sind aber auch - von einer gewichtigen

Minderheit abgesehen - keine bewußten Christen. Es ist allerdings unter ihnen erstaunlich viel von dem vorhanden, was an Grundüberzeugungen aus dem Christentum hervorgegangen ist. Vielleicht kommt noch mehr davon zum Vorschein, wenn die Wurzeln wieder gepflegt werden.

Wir brauchen eine **christliche Aufklärung**, allerdings nicht nur im Osten, sondern in ganz Deutschland. ■

Anm.:

Dr. Fritz Hähle ist Landesvorsitzender der CDU Sachsen und Fraktionsvorsitzender im Sächsischen Landtag.

Elend und Stärke politischer Visionen

Christian Walther

Die Debatte über einen deutschen militärischen Beitrag zur Durchsetzung und Sicherung des Friedens in Bosnien hat erneut mit wünschenswerter Deutlichkeit eine Erscheinung sichtbar werden lassen, die das Elend politischer Visionen genannt zu werden verdient.

Das Wort Vision selber ist ja in den politischen Sprachschatz aufgenommen worden, obwohl es in merkwürdigem Kontrast zu der Forderung nach Rationalität in politischen Entscheidungen steht. Sein bisweilen recht unreflektierter und undifferenzierter Gebrauch legt es nahe, sich damit kritisch auseinanderzusetzen.

Visionen sind zunächst nur Projektionen, in denen sich die Hoffnung auf eine neue, bessere Welt widerspiegelt. Ihnen eignet zugleich aber auch, daß sie Anweisungen an das politische Handeln beinhalten. Seinen Niederschlag findet dies nicht selten in einem bloßen Veränderungspathos, das die Anweisung gibt, die bestehenden Verhältnisse im Sinne der Vision zu verändern. In besonderer Weise bildet gegenwärtig die Vision einer Welt, in der alles gewaltfrei, nur mittels des politischen Dis-

kurses geregelt wird, zudem eine moralische Plattform, die es erlaubt, alles zu kritisieren, in allem recht zu behalten und sich im Letzten auf nichts einlassen zu müssen, was mit der Last politischer Entscheidungen befrachtet ist, die auch das Risiko der Gewaltanwendung einschließen.

Traum des Friedens

In der Tat: Der Traum von einer Welt in Frieden und Wohlfahrt hat etwas so Betörendes an sich, daß er Rauschzustände hervorrufen kann, die zum Verlust jedes Sinnes für Realitäten führen. Nur bei den Realisten unter den Verfechtern solcher politischen Visionen beginnt sich die Einsicht durchzusetzen, daß sich die ärgerlichen Tatsachen, die solchen Visionen entgegenstehen und sie zur Wirkungslosigkeit verdammen, eben nicht wegeln lassen.

Zu solchen ärgerlichen Tatsachen sind nun allerdings nicht ausschließlich die bestehenden politischen und sozialen Verhältnisse zu rechnen. Vielmehr gehören dazu auch in erster Linie die Menschen selber, von denen Immanuel Kant der Überzeugung war, daß aus so krummem

Holze sich nichts Gerades machen ließe. Alle schönen und erhebenden Visionen finden an eben den Menschen immer wieder ihren größten Widerpart. In der Geschichte hat sich darum tief die Erfahrung eingegraben, daß der Mensch zwar das Vermögen besitzt, sich in eine bessere Welt hineinzuträumen, daß ihm zugleich aber auch die entscheidende Kraft fehlt, seine Träume so zu verwirklichen, das sie nicht beim Gegenteil dessen enden, was sie eigentlich erträumen: statt Frieden Krieg, statt Freiheit Unterdrückung, statt Demokratie Diktatur.

1799 erkannte der bedeutende Theologe und Philosoph Friedrich Daniel Schleiermacher bereits, daß der weltbemächtigende Idealismus, der alleine noch den Menschen als Mittelpunkt allen Geschehens anzuerkennen vermochte, das Universum gerade dort vernichten wird, wo er es allein nach seinem Willen zu gestalten unternimmt und es damit zu „einem wichtigen Schattenbilde unserer eigenen Beschränktheit“ herabwürdigt.

Fast zwei Jahrhunderte später deckt der polnische Philosoph Leszek Kolakowski erneut den großen Widerspruch im politischen Traum von der realisierbaren geeinten Menschheit in einer friedlichen Welt auf. In einem Essay, das den beziehungsreichen Titel trägt: „Der Mythos der menschlichen Einheit“ (1974), gelangt er zu dem Schluß, daß die Verwirklichung dieses Traums zwar so alt sei wie die Menschheit selbst, daß aber die Geschichte lehre, daß dieser Traum niemals anders Wirklichkeit geworden sei als in der „grausamen Form des Despotismus; der Despotismus aber ist eine verzweifelte Nachahmung des Paradieses“. Blickt man auf die jüngste Geschichte und vor allem auf die totalitären Strömungen in ihr, dann werden jene Aussagen nachdrücklich bestätigt.

Der Mensch selber also das größte Hemmnis bei der Verwirklichung polit-paradiesischer Träume! Doch solche Sicht darf nicht zum Anlaß werden, sich überhaupt von allem zu distanzieren, was Menschenrechte, Frieden, Sicherheit und Wohlfahrt unter den Völkern zu fördern und zu festigen vermag. Die Entscheidung der NATO, sich in Bosnien militärisch zu engagieren, ist darum eine richtige Entscheidung, auch wenn sie Risiken vor allem im Hinblick auf mögliche Opfer beinhaltet.

An ihr wird deutlich, daß es in der Politik nicht um ein bloßes „Entweder-Oder“: entweder nur gewaltfrei oder nur gewalt-sam, geht, sondern stets um ein „Sowohl-als-Auch.“

Die Aufgabe der Politiker ist es, das richtige Maß zu finden. Das verlangt jedoch, sich nicht von Träumen, sondern von politischer Weisheit leiten zu lassen, die ja nichts anderes ist als die Summe politischer Erfahrungen. Solche Weisheit nun läßt Lösungen anstehen der Probleme nicht in Extremen suchen, sondern auf einer Diagonalen, auf der Notwendiges mit dem jeweils gegenwärtigen Möglichen in Einklang gebracht zu werden vermag. Der Wert politischen Handelns zeigt sich eben nicht zuletzt daran, ob es aus einem Geist der Überhebung oder der Bescheidung hervor-geht.

Es gibt ein
ERFÜLLTES
LEBEN,
trotz vieler
UNERFÜLLTER
WÜNSCHE.

Dietrich Bonhoeffer

den zu lassen. In den Bemühungen, das Haus Europa zu bauen, wird heute solcher vorausschauende, realistische politische Gestaltungswille erkennbar. Max Webers berühmte Formulierung, daß Politik heißt: dicke Bretter mit Leidenschaft und Augenmaß zu bohren, kann daran ihren Wahrheitsgehalt unter Beweis stellen.

Visionen können ihre konstruktive Kraft dort entfalten, wo sie in realistische politische Voraussicht einmünden und den politischen Willen mit innovativer Schubkraft versehen. Visionen können auch ein gemeinschaftsstiftender Faktor sein. Aber sie werden dort zum Elend und zu einem destruktiven Element, wo sie doktrinalisiert werden. Dadurch verselbständigen sie sich, bekommen ein eigenes Gefälle und nehmen eine normativ prinzipielle Gestalt an, der gegenüber es nur noch den sich unterordnenden Gehorsam geben kann.

Verdienste der Visionen

Bedenkt man dies alles, so wird es nicht schwer, auch ein Verdienst der Visionen darin zu erblicken, daß sie **zum Nachdenken anregen**. Dies betrifft einmal die jeweilige Gegenwart, die nicht schon als der denkbar beste Zustand aller Zeiten einfach hingenommen zu werden vermag. Dies betrifft sodann die in ihnen enthaltene Aufforderung, sich dafür zu öffnen, was in der Geschichte auch noch sein kann. Denn Geschichte ist Bewegung und die Gegenwart ist immer nur ein flüchtiger Moment in dieser Bewegung. Den verantwortlichen Politiker zeichnet darum die Bereitschaft aus, auch über den Tag hinaus zu sehen und das in den Blick zu nehmen, was an Neuem Gestalt zu werden anhebt.

Politische Gestaltungskraft aber wird sich daran messen lassen müssen, inwieweit es ihr gelingt, die in solchen Bewegungen freigesetzten konstruktiven Kräfte zu fördern und destruktive Kräfte nicht wirksam wer-

Durch ihn - und einen nicht selten in solchen Gesinnungsgemeinschaften anzutreffenden politischen Messianismus - entsteht ein sektiererischer Eindruck. Am bekannten Beispiel des Insistierens auf die strikte Einhaltung von Parteitagsbeschlüssen läßt sich solche Gehorsamsleistung ohne Schwierigkeit nachweisen. Deren Wirkung besteht in besonderer Weise darin, daß eine flexible, solche Beschlüsse unter Umständen dann auch relativierende Antwort auf Herausforderungen durch akute Probleme schon in den Bereich des im Grunde nicht mehr Erlaubten gewiesen und als Ausdruck politischer Ketzerei gebrandmarkt wird.

Doktrinalisierte Visionen

Doktrinalisierte Visionen fördern zudem die Ausbildung einer politischen Orthodoxie, die dann darüber wacht, daß die Reinheit der Vision und ihre prinzipielle

Normativität erhalten bleiben. Abweichungen von der reinen Lehre werden nicht geduldet, sondern mit Sanktionen, wie Diffamierung, Isolation und schließlich Ausschluß, belegt.

Schließlich eignen sich doktrinalisierte Visionen auch dazu, von Personen oder Personengruppen so instrumentalisiert und manipuliert zu werden, daß dadurch deren Machtansprüche oder bereits errungene Machtpositionen legitimiert und gesichert werden können.

Gerade der Bereich des Politischen bietet ein reiches Beobachtungsfeld für Prozesse der aufgezeigten Art. Erscheinungen, wie die zuvor beschriebenen, haben darum immer wieder die Aufmerksamkeit scharfsichtiger Analytiker politischer Prozesse auf sich gezogen. Als ein wirksames Gegenmittel hat sich aus solchen Analysen dabei jener Geist der Liberalität herausgeschält, der politischen Doktrinen überhaupt mit Skepsis und ihren totalitären und despotischen Spielarten mit entschiedenem Widerstand begegnet.

Dieser Geist widerspricht auch allen persönliche Initiative und Leistungsbereitschaft lähmenden Reglementierungen, wie er überhaupt ein Feind einer in Reglementierungen oft festgeschriebenen Mittelmäßigkeit ist, für die fälschlich behauptet wird, sie sei Ausdruck verfassungskonformer Gleichheit.

Liberalität in dem hier vertretenen Sinn ist Wesensbestandteil dessen, was beispielsweise positiv und konstruktiv an einem Protestantismus in Erscheinung tritt, der sich trotz mannigfacher lehrmäßiger und anderer Entstellungen doch den Kern seines Wesens bewahrt hat. Heute scheint es wieder an der Zeit zu sein, sich dessen erneut zu erinnern und aus der Erinnerung die Kraft zu schöpfen, politische Weisheit gegen den Ungeist visionärer Verblendung und ihrer vielfältigen Ausdrucksformen wirksam werden zu lassen. ■

Anm.:

Dr. Christian Walther ist emeritierter Professor der Bundeswehrhochschule in Hamburg.

Ehrenamt - Krise oder Wandel?

Klaus Riegert

Bundesweit gibt es rund sieben bis acht Millionen ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger. Jeden Monat werden in der Bundesrepublik ungefähr 240 Millionen Stunden ehrenamtliche Tätigkeit geleistet. Das Statistische Bundesamt errechnete, daß sich 1992 bei den Männern 20 Prozent und bei den Frauen rd. 15 Prozent freiwillig und unentgeltlich in Verei-



Klaus Riegert: Das Ehrenamt fördern!

nen, Verbänden oder in öffentlichen Ämtern engagierten. Doch soziales Engagement und Ehrenamtlichkeit scheinen mehr und mehr an Attraktivität zu verlieren, wie Wissenschaftler, Politiker und nicht zuletzt die Träger sozialer Institutionen beobachten.

Überall - vom Sportverein bis hin zu den Gewerkschaften - werden Schwierigkeiten beklagt, das Gemeinschaftsleben lebendig zu halten und kompetente wie engagierte Mitglieder für ehrenamtliche Mitarbeit und Verantwortung zu gewinnen. Eine allgemein zu beobachtende Wahlmüdigkeit, Kirchen- und Parteiaustritte dienen als Beispiel

für eine gesellschaftliche Gesamtentwicklung, die Selbstverwirklichungswerte und individualistischen Eigensinn an die Stelle von Pflicht- und Bindungswerten setzt.

Sind wir nun, wie der Focus titelte, ein „Volk auf dem Ego-Trip“? Lösen sich „Gemeinsinn und Gemeinschaft“ auf „wie das Ozon über den Polen?“ Zerfrißt ungefilterter Eigensinn den sozialen Klebstoff? Bröckeln die vertrauten Solidargemeinschaften auseinander? Richtig ist, daß in den letzten Jahrzehnten die Prägekraft gesellschaftlicher Normen in der Bundesrepublik zurückgegangen, die Frage nach dem gesellschaftlichen Konsens und nach dem Gemeinwohl schwerer zu beantworten ist. Hinzu kommt, daß mit der Wiedervereinigung zwei durch unterschiedliche Gesellschaftsordnungen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Wertvorstellungen geprägte Gesellschaften innerhalb kurzer Zeit zusammenwachsen müssen.

Folgende Grobtrends lassen sich in der bundesdeutschen Gesellschaft konstatieren:

Schrumpfung der Milieus: Während in früheren Jahrzehnten die Menschen weitgehend in relativ homogenen Gruppen aufwuchsen - Arbeitermilieu, protestantisches, katholisches, ländliches Milieu -, ist heute die Prägekraft des Milieus stark reduziert. Damit ist aber auch deren spezifische Schutzfunktion und Orientierungshilfe für viele Bürger verloren.

● **Säkularisierung:** Die Bindungen an die Kirchen und der Kirchenbesuch sind rückläufig. Durch die deutsche Einheit setzt sich diese Tendenz in der deutschen Gesellschaft zur Säkularisierung deutlich fort.

● **Individualisierung:** Verstärkt hat sich der Trend zur persönlichen Lebensgestaltung, frei von sozialen Orientierungshilfen. Großorganisationen wie die Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, aber auch Vereine und Verbände verlieren an Bindungskraft.

● **Wertewandel:** Auf der einen Seite erfolgte in Westdeutschland - in Folge der 68-er Revolte - insbesondere für die finanziell saturierten Bevölkerungsschichten ein Wertewandel zu den „postmateriellen“ Werten. Die traditionelle Pflichtorientierung, die Akzeptanz gesellschaftlicher Normen und damit auch der Leistungsbereitschaft, trat gegenüber dem Streben nach persönlicher Freiheit und Selbstentfaltung in allen Lebensbereichen immer mehr in den Hintergrund.

Auf der anderen Seite zeigt sich eine Tendenz, daß gerade in der jungen Generation „traditionelle“ Werte als wichtiger angesehen werden, als vielfach vermutet. Von 1985 bis 1992 haben über 49.000 junge Erwachsene ein Freiwilliges Soziales Jahr in Krankenhäusern, Alten- und Behinderteneinrichtungen, Sozialstationen, Kindergärten, Jugendheimen und Einrichtungen der Psychiatrie geleistet. Seit 1987 ist im Rahmen von Modellprojekten ein Freiwilliges Ökologisches Jahr hinzugekommen. Bis 1993 waren 802 Teilnehmer zu verzeichnen. Die Zahl der Interessenten überwog dabei die angebotenen Arbeitsmöglichkeiten bei weitem.

Einerseits gibt es also die Individualisierung der Lebensweisen und die Pluralisierung der Lebensstile, die Veränderungen im Hinblick auf die Partizipationsbereitschaft mit sich bringen. Andererseits aber steigt die Bereitschaft, sich spontan für eine gewisse Zeit in Initiativgruppen oder Umweltgruppen für rela-

tiv konkrete Zielsetzungen einzusetzen. Es gibt aber auch Bereiche, wo junge Menschen nach wie vor bereit sind, kontinuierlich mitzuarbeiten.

Eine allzeitige und allseitige Bereitschaft als Kennzeichen ehrenamtlicher Tätigkeit ist auf dem Rückzug. Von einer Krise des Ehrenamtes kann aber keine Rede sein. Es sei denn, man verwechselt Krise mit Wandel. **Das Ehrenamt ändert sich** und mit ihm die Ehrenamtlichen. Für das traditionelle Ehrenamt - unentgeltlich, an der Allgemeinheit orientiert, an ein Minimum an Organisation und damit Verbindlichkeit und an Regelmäßigkeit gebunden - zeichnen sich drei Veränderungen besonders deutlich ab:

● **Der Wandel in der Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen:** Nur wo für die gleiche Beteiligung von Frauen faktische Voraussetzungen geschaffen werden, wird sich eine zukunftsfähige Gestalt von Ehrenamt und freiwilligen Diensten entwickeln.

● **Die zeitliche Inanspruchnahme durch Ehrenämter muß überschaubar und berechenbar sein:** Viele Menschen sind heute eher bereit, sich in befristeten Projekten zu engagieren, als unbefristete Verpflichtungen einzugehen. Projektorientierte Mitarbeit auf Zeit wird zunehmen.

● **Die demokratische Transparenz und die Chance zu effektiver Mitwirkung an Entscheidungen muß verbessert werden:**

Verkrustete Strukturen in Institutionen und Verbänden, die Entmachtung der Ehrenamtlichen durch die wachsende Zahl der Professionellen lassen Ehrenamtliche resignieren, schrecken engagierte Menschen von der verbandsbezogenen ehrenamtlichen Tätigkeit ab.

Vermittlung sozialer Tugenden

Die Bereitschaft vieler junger Menschen, in unserer demokratischen Gesellschaft mitzuwirken und Verantwortung zu übernehmen, zeigt aber auch die Notwendigkeit zu einem Mut zur Erziehung. Denn konkrete Mitwirkung und Übernahme von Verantwortung wird nur dann gelingen, wenn sie verbunden wird mit Tugenden wie Fleiß, Ordnung, Pflichterfüllung. Sie sind gleichsam der soziale Kitt, der ein Zusammenleben erst ermöglicht. Ohne die Einübung solcher **Sekundärtugenden** wird es auf Dauer nicht gelingen, die hohe Mitwirkungsbereitschaft junger Menschen in konkretes Handeln umzusetzen. Sie bilden die Ethik des Selbstverständlichen, von der die Demokratie lebt. Die klassischen Erziehungsinstanzen Familie und Schule allein mit der Vermittlung dieser sozialen Tugenden zu beauftragen würde bedeuten, sie zu überfordern. Öffentlichkeit, Medien, Parteien, Verbände und Kirchen bleiben aufgefordert, an dieser Aufgabe mitzuwirken und ihre Verantwortung dafür wahrzunehmen.

Und wer zum Ehrenamt ermutigen will, muß zudem die ganze Breite von Tätigkeiten im Blick haben, die jenseits von beruflichen oder familiären Verpflichtungen aus freien Antrieb übernommen werden. Politische und soziale Arbeit zählen ebenso dazu wie die Mitwirkung in Vereinen und Initiativgruppen und Freiwilligendienste unterschiedlicher Art. Wer seine Betrachtung auf das traditionelle Ehrenamt beschränkt, verkennt Anforderungen und Wandel ehrenamtlicher Tätigkeit.

Er berücksichtigt nicht, daß z.B. Selbsthilfegruppen, Bürgerbüros mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. Und er beraubt sich der Möglichkeit, durch Zusammenarbeit und die Vernetzung der verschiedenen Formen des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements Mitarbeiter an den eigenen ehrenamtlichen Bereich heranzuführen und für ihn zu gewinnen.



Die freie Zeit für Ehrenämter ist begrenzt

(aus: der Gemeindebrief)

Aufgaben der Politik

Wenn ehrenamtliches Engagement und freiwillige Dienste zentrale Merkmale einer lebendigen Demokratie sind, dann hat die Politik durch konkrete Einzelmaßnahmen die **Rahmenbedingungen** für ehrenamtliche Arbeit günstig zu **gestalten**. Sie hat insbesondere für die Bürger sichtbar zu machen, daß ihr ehrenamtliches Engagement zugunsten des Gemeinwesens im **Zusammenhang mit anderen demokratischen Grundwerten** steht. Ehrenamtliches Engagement folgt dem Gedanken der **Subsidiarität**. Die ehrenamtliche Mitarbeit läßt Bürger aller Altersgruppen am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Sie weckt **Eigeninitiative und Solidarität**. Alles Tugenden, die wir zur Bewältigung der vor uns liegenden Herausforderungen brauchen. Politik und Staat können die Zivilgesellschaft stärken, indem sie die Bereitschaft zur Ehrenamtlichkeit stützen.

Öffentliche Anerkennung findet ehrenamtliche Tätigkeit z.B. dann, wenn Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ehrenamtliches Engagement in Reden bewußt in seiner Bedeutung für das Gemeinwohl herausstellen und würdigen. Es ist denkbar, daß politische Parteien ihre Mitglieder und Funktionsträger anregen, ehrenamtlich tätig zu werden, also mit gutem Beispiel vorangehen. Aufgerufen sind insbesondere die Kommunen, den in ihrem Bereich wirkenden Ehrenamtlichen auf verschiedenster Weise öffentliche Anerkennung zukommen zu lassen. Bei Ordensvorschlägen sollten langjährige ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berücksichtigt werden. Die Arbeitgeber sind aufgerufen, ehrenamtliche Tätigkeit ihrer Mitarbeiter zu ermöglichen und nicht zu blockieren. Die Medien könnten darüber hinaus durch verstärkte Information über Tätigkeitsfelder und die Aufgaben ehrenamtlicher Mitarbeiter Anerkennung für ehrenamtlich tätige Menschen und für das Ehrenamt insgesamt anbahnen.

Finanzielle Anreize?

Neben der ideellen gerät heute zunehmend die finanzielle Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit ins Blickfeld. So wird beispielsweise über bisherige Regelungen hinaus eine Erhöhung der steuerfreien Anerkennung von Aufwandsentschädigungen von derzeit 2.400,— DM auf 3.600,— DM

Rahmenbedingungen des Ehrenamtes verbessern

Ehrenamtliches Engagement ist unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft. Insbesondere ältere Menschen engagieren sich in besonderer Weise. Wir wissen aber auch, das Potential derer, die sich grundsätzlich für dieses Engagement interessieren, ist noch nicht ausgeschöpft. Denn über die Hälfte der Menschen, die auf das Rentenalter zugehen, erklären ihre grundsätzliche Bereitschaft zu einer aktiven Lebensführung und dem Engagement für die Gemeinschaft. Sie möchten die im Lebensverlauf gewonnenen Kenntnisse und Erfahrungen an andere weitergeben. Nur ca. 20% realisieren dies aber.

Politisches Ziel muß es sein, dieses Potential zu erschließen. Deshalb ist es unumgänglich, die Rahmenbedingungen des Ehrenamtes zu verbessern und älteren Menschen den Weg in eine ehrenamtliche Tätigkeit zu erleichtern und attraktiver zu gestalten. Denn auch hier geht es um die Frage der Anerkennung dieser Leistungen. Es darf nicht so sein, daß von Menschen, die sich für andere einsetzen, noch zusätzlich häufig ganz selbstverständlich erwartet wird, daß sie auch die Kosten für ihren solidarischen Einsatz zu tragen haben.

Es muß uns allen - und diese Forderung richtet sich vor allen Dingen an die Träger der ehrenamtlichen Hilfe -, gelingen, daß die ehrenamtlichen Helfer von den finanziellen und mitunter auch bürokratischen Lasten ihrer Arbeit befreit werden. Aber auch hier darf man den Preis für die Leistung nicht auf die Frage der materiellen Anerkennung reduzieren. Ich finde, wir sollten auch wieder viel selbstverständlicher ins Bewußtsein rücken, daß der Einsatz für andere vor allen Dingen auch Lebensfreude für einen selbst bedeutet. Er fördert die Integration und verhindert Isolation.

Auch daher müssen wir die Wahrnehmung ehrenamtlicher Arbeit erleichtern, ehrenamtliche Arbeit unterstützen. Ein Ansatz hierzu ist die flächendeckende Einrichtung von Seniorenbüros.

(Bundesministerin Claudia Nolte am 23. November 1995 in Bonn)

gefordert. Wohlfahrtsverbände fordern, ehrenamtliche Tätigkeiten auf die Renten anzurechnen. Ehrenamtliche Tätigkeit ist von ihrem Grundgedanken her unentgeltlich. Dies schließt zumindest einen finanziellen Ausgleich von Fahrt- und Sachkosten nicht aus. Andererseits besteht die Gefahr, daß mit einer über die Erstattung von Aufwendungen hinausgehende Vergütung das Feld der Ehrenamtlichkeit verlassen wird. Der Bereich ehrenamtlicher Tätigkeit ist kein zweiter Arbeitsmarkt! Materielle Anreize sind zudem nach aller Erfahrung eher geeignet, moralische Anreize zu zerstören, als sie sinnvoll zu ergänzen. In Koexistenz mit monetärer Entlohnung wird ehrenamtliche Tätigkeit zur „Naivität entwertet“ - eine Lehre, die es zu beherzigen gilt, wenn wir von der Förderung des Ehrenamtes in unserer Gesellschaft reden.

Und wenn nun die Politik zur Förderung des Ehrenamtes aufruft, dann hat sie mit Blick auf den notwendigen Umbau des Sozialstaates keine Senkung der Kosten durch Abbau professioneller Arbeit im Auge.

Auch stellt Ehrenamtlichkeit keine Verbrämung einer Demontage des Sozialstaates dar. Die freiheitliche Zivilgesellschaft setzt vielmehr darauf, daß Menschen in ausreichender Zahl auf ihre Verantwortung für die Allgemeinheit ansprechbar sind, daß Menschen jedes Alters jung genug sind, um einen Teil ihrer Lebenszeit freiwillig für das Gemeinwohl zur Verfügung zu stellen. Diese Mit-Verantwortung des Einzelnen für das Gemeinwohl verbindet sich mit einer Vorstellung vom demokratischen Staat, der die Verantwortungsbereitschaft der Menschen stützt und ausdrücklich anerkennt. Eine menschenwürdige Lebensform bildet sich nur und läßt sich nur erhalten, wenn Menschen aus freien Stücken Verantwortung für die Institutionen des gemeinsamen Lebens übernehmen. Darum geht es, wenn wir vom Ehrenamt sprechen. ■

Anm.:

Klaus Riegert ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der Kommission „Ehrenamt“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Zur Situation der Ehrenamtlichen in der Kirche

Sigrid Reihls

Es gilt im allgemeinen, daß soziale ehrenamtliche Arbeit ebenso wie bezahlte soziale Arbeit in erster Linie ein Betätigungsfeld für Frauen ist. Innerhalb dieser Charakterisierung macht die Kirche auch keine Ausnahme. Sie ist sowohl im Rahmen ihrer bezahlten Mitarbeiterschaft als auch bei den ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen einer der größten Frauennarbeitgeber in Deutschland.

Erst im Januar 1995 wurde durch eine entsprechende Statistik bestätigt, daß von den knapp 671.000 gezählten Ehrenamtlichen in der Evangelischen Kirche in Deutschland rund 69 Prozent Frauen sind. Damit ist empirisch-statistisch bestätigt, daß ehrenamtliche Arbeit in der Kirche zum überwiegenden Teil Frauenarbeit ist. Mit dieser Feststellung soll nicht bestritten werden, daß natürlich auch Männer in der Kirche ehrenamtlich arbeiten. Es stellt sich vielmehr die Frage, ob es innerhalb der ehrenamtlichen Arbeit in der Kirche zwischen Männern und Frauen zu spezifischen Differenzen kommt, die in der Folge dann auch unterschiedliche Strategien erfordern würden, um ihre Situation zu verbessern.*

Wer arbeitet ehrenamtlich?

Wer ehrenamtlich arbeitet - also seine Arbeitskraft nicht verkaufen muß, sondern sie verschenken kann -, muß auf anderem Wege seinen Lebensunterhalt sowohl in der Gegenwart als auch für die Zukunft gesichert haben, denn unbezahlt können nur diejenigen arbeiten, die materiell abgesichert sind und über genügend freie Zeit verfügen.

Daher ist es auch nicht überraschend, daß sich für die Kirche das Bild von der bürgerlichen Frau in der zweiten Lebenshälfte, die von Erwerbsarbeit und Familienarbeit befreit ist und durch das Einkommen ihres gutverdienenden Ehemannes abgesichert

ist, als typische Ehrenamtliche herausgebildet hat. Die Realität der meisten Ehrenamtlichen in der Kirche ist jedoch sehr viel differenzierter.

Überdurchschnittlich viele Ehrenamtliche sind zwischen dreißig und sechzig Jahren alt, was durchaus als ein Indiz dafür gewertet werden kann, daß dieses Engagement nicht erst dann attraktiv wird, wenn Männer und Frauen keine beruflichen oder familiären Verpflichtungen mehr zu erfüllen haben. Die meisten Menschen leisten ehrenamtliche Arbeit gleichzeitig mit ihrer Berufsarbeit und/oder ihrer Familienarbeit. Damit zeigt sich, daß die ehrenamtliche Arbeit für viele Männer und Frauen kein Ersatz für eine bezahlte Arbeit ist und auch nicht die Funktion hat, eine Lücke im Alltag auszufüllen, sondern es ist eine Ergänzung. Unter diesen Voraussetzungen stellt sich die Frage nach der Bedeutung des Ehrenamtes für die betroffenen Menschen und für die Institution Kirche und für die Gesellschaft neu.

Diese Gruppe von Ehrenamtlichen traut ihrem Engagement in der Kirche zu - das jedenfalls zeigt sich bei der Frage nach ihrer Motivation - ihnen ein Stück Freiheit von dem sonstigen „du mußt“ zu vermitteln und darüber hinaus die reale Erfahrung, Kirche und Gesellschaft mitzugestalten.

Innerhalb dieser Gruppe von kirchlichen Ehrenamtlichen darf aber nicht übersehen werden, daß zwei Drittel der ehrenamtlichen Frauen in der Kirche nicht erwerbstätig sind und damit in der Regel keine eigenständige Existenzsicherung sowohl in

der Gegenwart als auch in der Zukunft haben. Was das konkret bedeutet, zeigt sich dann, wenn man die Einkommenssituation im Alter genauer analysiert. Im sogenannten Rentenalter müssen ca. 40 Prozent von ihnen mit einem persönlichen Einkommen von unter 1.000,— DM auskommen. Obgleich aufgrund der vorhandenen Daten keine eindeutigen Aussagen über die Gesamteinkommenssituation der Betroffenen gemacht werden kann, dürfte dennoch gelten, daß das Phänomen der Altersarmut von Frauen auch bei den ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen in der Kirche vorkommt. Nicht zuletzt diese Gefährdung sollte zu Überlegungen führen, wie die ehrenamtliche Arbeit besser abgesichert und gesamtgesellschaftlich anerkannt werden kann.

Fragen der öffentlichen Anerkennung

Im Augenblick geschieht der größere Teil der ehrenamtlichen Arbeit in der Kirche weitgehend „rechtlos“. Die sogenannte Freiheit in der ehrenamtlichen Arbeit bedeutet, daß es **keinen Anspruch auf ein**



Die Hand halten und zuhören können!

(aus: der Gemeindebrief)

klagbare Rechte wie z.B. eine soziale Absicherung oder auch Maßnahmen zur geregelten Beteiligung an Entscheidungen oder zum Schutz der Arbeitskraft gibt.

Die Tatsache, daß über diese Fragen erst in jüngster Vergangenheit etwas intensiver diskutiert worden ist und daß gleichzeitig auf der Seite der „kirchlichen Funktionäre“ dieser Diskussion recht verhalten begegnet wird, kann wohl nur so verstanden werden, daß es bei der Frage der finanziellen Aufwertung ehrenamtlicher Arbeit

oder ihrer Verrechtlichung um ein Kernproblem kirchlicher Strukturen geht. Hier geht es um öffentliche Anerkennung und damit eben auch um Macht.

Konkrete Rahmenbedingungen

Eine große Zahl der Ehrenamtlichen in der Kirche lassen sich für ihr Engagement aus- und weiterbilden. Damit gehen sie Schritte in Richtung Professionalisierung oder zumindest Kompetenzerweiterung. Eine erste Möglichkeit, genau dies auch anzuerkennen, wäre es, dem Wunsch der Ehrenamtlichen nachzukommen und ihnen ihre Aus- und Fortbildung auch offiziell zu bestätigen. Im Rahmen der Untersuchung hat sich gezeigt, daß dieser Weg neben anderen auch dazu beiträgt, die geschlechtsspezifischen Unterschiede im kirchlichen Ehrenamt: „Frauen dienen und Männer leiten“ zu verringern.

Wenn es stimmt, daß die ehrenamtliche Arbeit ein konstruktiver und unaufgebbare Bestandteil der bestehenden demokratischen Gesellschaft und der Kirche ist, muß es sowohl ein immenses gesellschaftliches als auch kirchliches Interesse geben, **diese Form des Engagements aufrecht zu halten** bzw. zu fördern. Das kann sich nicht allein auf eine ideologische Aufwertung beschränken, sondern dazu muß auch die Schaffung von Rahmenbedingungen gehören, die die konkrete Ausübung ehrenamtlicher Arbeit erleichtern bzw. dazu einladen. Nur wenn auch diese konkreten Rahmenbedingungen geschaffen werden, läßt sich der Verdacht abwehren, daß die auf einmal sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Kirche vorhandene Aufmerksamkeit für ehrenamtliches Engagement nur eine (kirchen-)politische Strategie ist, mit den Problemen der Erosion des Sozialstaates und der Volkskirche kostengünstig umzugehen. ■

* Bei den folgenden Ausführungen stütze ich mich auf die Ergebnisse einer von mir durchgeführten empirisch-statistischen Untersuchung zur ehrenamtlichen Arbeit von Männern und Frauen in der Kirche, die unter dem Titel „Im Schatten von Freiheit und Erfüllung“ 1995 im SWI-Verlag, Bochum, veröffentlicht ist.

Anm.:

Frau Sigrid Reihls ist Referentin im Sozial-Wissenschaftlichen Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland

Wie Aussiedler unter uns Heimat finden

Karl Heinz Neukamm

Es war an einem Vormittag in der Bundesaufnahmestelle Dranse in Brandenburg. Eine rußlanddeutsche Großfamilie, ein Großelternpaar, deren Kinder mit ihren Ehepartnern und eine große Schar von Kindern, war am Tag vorher nach einem Flug über Tausende von Kilometern auf einem deutschen Flughafen gelandet und im Omnibus in die Aufnahmestelle gebracht worden. Nach unserer Begrüßung legte die Großmutter erst die Hand auf die linke und dann auf die rechte Schulter und sagte dann mit erhobenen Händen: „Alle Lasten sind weg von den Schultern, ich bin daheim im deutschen Vaterland!“ Ich gestehe, daß ich in diesem bewegenen Augenblick ein Stoßgebet zum Himmel schickte: Lieber Gott, laß diese Mutter nicht enttäuscht werden, wenn sie dieses Daheim im deutschen Vaterland vielleicht nicht findet!

Heimat in der Kirche

Ich erinnere mich an eine andere Begegnung in der Bundesaufnahmestelle Bramsche bei Osnabrück. Hier wurde durch einen freundlichen Mitarbeiter des Bundesverwaltungsamtes gerade eine andere Großfamilie registriert. Es waren so viele kleine Kinder mitgekommen, daß sie im Büroraum nicht alle Platz fanden und eine ganze Reihe im Gang wartete. Auf die Frage, woher die Familie komme, holten die Großeltern weit aus. Sie erinnerten beide an das Jahr 1941, das sie als Kinder an der Wolga erlebt hatten. Mit dem Einmarsch der deutschen Truppen in der damaligen Sowjetunion begann die Vertreibung und ein langer Leidensweg. Aber nun konnten sie endlich aufatmen, weil ihr Wunsch in Erfüllung ging, in das Land ihrer Mütter und Väter heimzukommen.

Und ich denke an Begegnungen mit Rußlanddeutschen, die schon lange unter uns leben und in unserer Kirche Beheimatung gefunden haben. Wir feierten Gottes-

dienst beim Kirchentag der Rußlanddeutschen in Wolfsburg. Viele waren dabei, als Kinder und Erwachsene getauft und konfirmiert wurden und als sich Ehepaare nach langen Jahren ehelicher Gemeinschaft kirchlich trauen ließen. Und nach einem langen und schönen Gottesdienst in der Kirche fanden sich am Nachmittag Hunderte älterer und jüngerer Leute zum Brüdertreffen im Gemeindezentrum ein, um auf die Botschaft des Evangeliums zu hören, dem Jugendchor zu lauschen und selbst mit den vertrauten Liedern aus der alten Heimat Gott zu loben und zu danken. Es war zu spüren, daß die Teilnehmer in der neuen Umgebung nicht nur angekommen waren, sondern Beheimatung gefunden haben.

Sprach- und Integrationsprobleme

An vielen Orten wachsen die evangelischen Gemeinden. Im Rahmen der Dekanatsynode des Kirchenbezirkes Regensburg, die in Straubing stattfand, berichtete der Gemeindepfarrer aus Hemau in der Oberpfalz, daß die Zahl der evangelischen Schüler und Schülerinnen in der Grund- und Hauptschule in wenigen Jahren von 40 auf 142 gewachsen ist, eine Folge des starken Zuzugs von Aussiedlerfamilien. Es ist nicht einfach, Kinder mit geringen deutschen Sprachkenntnissen zu unterrichten. Aber im Mittelpunkt des Erfahrungsaustausches in der Synode standen nicht nur die Klagen über Probleme, sondern die neuen Erfahrungen, daß auch Erwachsene sich taufen und konfirmieren lassen möchten und deshalb besondere Angebote für Kinder und Erwachsene gemacht werden. Warum berichten wir so oft über Kircheng Austritte und kleiner werdende Gemeinden und vergessen so oft, daß es an vielen Orten wachsende Gemeinden gibt?

Es sind weit überwiegend Rußlanddeutsche, die als Spätaussiedler aus Sibirien, Kasachstan oder Kirgisien zu uns kommen. Seit Mitte der fünfziger Jahre wer-

den nun schon Aussiedler in Deutschland aufgenommen und ihre Eingliederung vollzog sich ohne große öffentliche Aufmerksamkeit. Das muß kein Nachteil sein, kann vielmehr auch eine Anerkennung für die zu uns Kommenden darstellen. Die großen Familien haben sich gegenseitig geholfen und einander beim Finden von Arbeit und einer Wohnung, vielleicht auch beim Bau eines Hauses unterstützt.

Heute haben es die zu uns kommenden Spätaussiedler schwerer, von der heimischen Bevölkerung angenommen und aufgenommen zu werden. Weil die mittlere und jüngere Generation der Spätaussiedler kaum mehr Deutsch spricht und wegen der gekürzten Zeit der Sprachförderung auch große Lernprobleme bestehen, begegnen leider mehr Menschen in unserem Land den Rußlanddeutschen mit Zurückhaltung. Es bedarf deshalb verstärkter Überzeugungsarbeit, daß die Spätaussiedler langfristig ein Gewinn für unser Land sind.

Hoffnungen und Erwartungen

Vor allem aber unsere Kirchen mit ihren Gemeinden müssen sich verstärkt darauf besinnen, daß Aussiedler auch ein Segen für uns sind. Immer noch bringen nicht wenige Spätaussiedler ihre Erfahrungen mit Gottes Treue und Barmherzigkeit in den Jahren und Jahrzehnten des Leidens mit. Andere neu Ankommende, die ohne religiöse Bindung und Erfahrung im Glauben kommen, stellen uns eine missionarische und diakonische Aufgabe. Sie können unsere Gemeinden und die in unseren Kirchen Verantwortlichen davor bewahren, so oft nur um eigene Probleme zu kreisen und über eine Situation zu klagen, die gemessen am Elend und Leid der Menschen in Rußland, Kasachstan und anderen Republiken gar nicht so beklagenswert ist, wie manche kirchlichen Äußerungen vermuten lassen. Eines wird mir immer wieder schmerzlich deutlich: Unsere Spätaus-

siedler erfahren in unseren Landeskirchen viel zu wenig aufmerksame Zuwendung. Wohin sollen sich denn verunsicherte, zum Teil nach wie vor bedrohte, in vielen Fällen unter Druck geratene Menschen wenden, wenn nicht in das Land ihrer Vorfahren und hier vor allem auch an die Brüder und Schwestern im Glauben? Auf den Tagesordnungen unserer kirchlichen Organe und Synoden erscheinen viele Themen. Manche freundlich gesonnenen und erst recht viele kritische Begleiter kirchlicher Arbeit und vor allem kirchlicher Verlautbarungen wundern sich oft, welche Themen Priorität haben.

Verstärkt Kirchenpartnerschaften aufbauen

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rußland sollen verstärkt Kirchenpartnerschaften aufgebaut werden. Der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung und Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, **Dr. Horst Waffenschmidt**, hat bei einem Treffen mit dem Patriarchen der Russisch-Orthodoxen Kirche, **Alexij II**, in Bonn entsprechende weitere Modellprojekte in den Siedlungsschwerpunkten der Rußlanddeutschen vorgeschlagen.

Solche Kirchenpartnerschaften könnten gute Vorbilder werden für andere deutsch-russische Partnerschaften, sagte Waffenschmidt. Alle diese Kontakte seien wichtig, weil sich in Rußland viel entscheide für die Zukunft Europas und der Welt.

Die Menschen aber, die mit großen Hoffnungen und Erwartungen zu uns kommen, finden oft nicht das Interesse, das ihnen gebührt. Deshalb ist es dringend geboten, daß in unseren Kirchengemeinden, in unseren Sonntagsblättern und vor allem in den Gemeindebriefen **mehr Informationen** gegeben werden, warum Spätaussiedler zu uns kommen, warum wir sie nicht einfach als „Migranten“ bezeichnen dürfen, warum die Deutschenkenntnisse nicht besser sind und warum gerade in unseren Tagen so viele Menschen aus den Nachfolgerepubliken der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland streben.

Es ist sehr bedauerlich, daß die geschichtlichen Zusammenhänge oft nicht mehr bekannt sind. Nur wenige Men-

schen wissen noch, wie sehr die deutschen Minderheiten vor und nach dem Zweiten Weltkrieg für die Auswirkungen reichsdeutscher Politik zu leiden hatten. Um so mehr gebührt den ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unseren Kirchengemeinden und den Hauptberuflichen in unserer Kirche und ihrer Diakonie Dank, die unverdrossen und mit immer wieder neuem Mut auf vielerlei Weise helfen, daß Spätaussiedler nicht nur in Deutschland ankommen, sondern von den Geschwistern im Glauben angenommen werden. Manche unserer Medien wären gut beraten, wenn sie Frauen und Männer des Jahres in diesen Kreisen suchen!

Wie können Aussiedler in der Kirche Heimat finden? Die neu Ankommenden begegnen in den Aufnahmestellen des Bundes und danach der Länder vielen Angeboten der evangelischen Kirche. An manchen Orten besteht auch eine sehr gute evangelisch-katholische Zusammenarbeit. Gottesdienste werden gehalten, in denen auch bedacht wird, daß manche Spätaussiedler Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache haben.

Andererseits gibt es in der Christenheit weltweit eine Sprache, die sich nicht nur in Worten ausdrückt: Die Sprache des Lobes Gottes!

In den Aufnahmestellen sind nur die staatlichen Vertreter tätig, um die notwendige Registrierung und die Zuweisung in die neuen Wohnländer und Wohnorte vorzunehmen. Überall stehen Beraterinnen und Berater zur Verfügung, an die sich Menschen mit ihren Fragen und Sorgen wenden können. Überall sind Kleiderkammern eingerichtet, wo die Familien Notwendiges und Nützlichendes finden. In aller Regel gibt es in diesen ersten Tagen in Deutschland viele Kontakte zu Landsleuten, die schon länger hier sind.

Aufnehmen und Begleiten

Der Dienst unserer Kirchengemeinden beginnt in besonderer Weise, wenn die Spätaussiedler in den Übergangswohnheimen ankommen oder schon die von Verwandten oder Freunden beschaffte Wohnung beziehen können. Der Besuchsdienst hat nun seine Stunde, wie bei allen Neuzugezogenen. Wir können von unseren Rußlanddeutschen und von anderen Spätaussiedlern nicht erwarten, daß ihr erster Weg ins Pfarramt führt. Vielen sind unsere Strukturen völlig fremd. Menschen, die jahrzehntelang nicht selbständig denken und entscheiden durften, bei denen die Partei und der von ihr dominierte Staat allein zu wissen meinten, was Menschen brauchen, benötigen viel Zeit, sich in der neuen Umgebung zurechtzufinden und selbständige Schritte zu tun.

Aussiedler suchen neuen Beheimatung in der Großfamilie und öffnen sich nur schwer für eine Kirche, die so ganz anders denkt und handelt. Deshalb müssen sich in **den Gemeinden Menschen finden, die den ersten Schritt tun**, den ersten Gruß bringen, die Brücke zu den Neuen bauen. Wenn sich die Neuen zum Gang zum Gottesdienst entschließen, dann erschrecken sie oft über die leeren Kirchen und die oft kühle Distanz, die ihnen hier begegnet. Das Liedgut ist nicht vertraut und die Organisten, die bei der Choralbegleitung Geschwindigkeitsrekorde aufstellen, nicht beliebt. Vielleicht erinnern wir uns selbst, wie es uns beim Zuzug in eine neue Gemeinde ging: Wir warteten vielleicht auch vergeblich auf einen Besuch des Pfarrers und der Pfarrerin. Immer wieder mußte ich in den vergangenen Monaten erfahren, daß die Neuapostolische Kirche oder die Zeugen Jehovas schneller waren, wenn es um Neuzugezogene ging. Da unsere Kirchen und ihre Gemeinden durch den Zuzug von Spätaussiedlern wachsen und damit auch oft die finanziellen Einnahmen wachsen, sollte es selbstverständlich sein, daß auf der regionalen Ebene (Kirchenkreis, Dekanatsbezirk) Pfarrer mit der Aussiedlerarbeit betraut werden. Es ist kein Ruhmesblatt für manche Kirchen, daß für die vielen neu ankommenden Menschen kein hauptberuflich tätiger Pfarrer in den Dienst des Aufnehmens und Annehmens, des Begleitens und Helfens auf der Ebene der Landeskirche

entsandt wird. Nicht nur für die neu Ankommenden wäre ein solcher Pfarrer ein Gewinn, alle Gemeindeglieder würden gewinnen, wenn speziell mit den Problemen der Spätaussiedler vertraute Pfarrer die Türen in die neuen Räume aufschließen würden. Eine auch für Spätaussiedler aufgeschlossene Kirche wünsche ich mir für das begonnene Jahr!

„Sicht mit dem Herzen“

Wie können die „fremden Deutschen“ zu vertrauten Nachbarn werden? Wir sprechen heute viel von „Integration“. Wer interessiert wen? Müssen nicht auch wir in der Heimat und in vertrauter Umgebung Verbliebenen darüber nachdenken, was sich bei uns ändern muß, damit neu Ankommende eine menschliche und eine geistliche Heimat finden? Unsere Rußlanddeutschen der älteren Generation sind sehr streng erzogen und haben es oft schwer, sich an unsere unbegrenzte Freiheit zu gewöhnen. Wir denken anders, reden anders, leben anders und glauben anders. Deshalb tut es not, daß wir als Christen der aufnehmenden Gemeinden uns immer wieder vor Augen führen, aus welcher Geschichte, aus welcher Prägung, aus welcher Situation der Bedrückung und Benachteiligung unsere Spätaussiedler kommen. Wir dürfen uns nicht an Äußerlichkeiten stoßen! Auch unser Lebensstil, auch unser Verhalten wirkt auf Spätaussiedler manchmal schockierend.

Einander annehmen können wir nur, wenn wir uns in die Lage, in die Geschichte, in die Erfahrungen und in die Empfindungen der zu uns kommenden Menschen hineindenken. Saint Exupery kann uns dabei helfen, der einmal gesagt hat: „Man sieht nur mit dem Herzen gut!“ Für die Beheimatung der Rußlanddeutschen ist ein großer Schritt getan, wenn wir uns in unseren Kirchengemeinden, in denen Spätaussiedler schon länger wohnhaft sind oder neu ankommen, um eine „gute Sicht mit dem Herzen“ bemühen.

Es gibt so viele Möglichkeiten, unsere Spätaussiedler besser kennenzulernen, auch wenn sie selbst oft lange brauchen, bis sie sich aufschließen. Ich habe in verschiedenen Gemeinden liebevoll komponierte Ausstellungen erlebt mit sprechenden Bildern, die zum Nachdenken reizen.

Es gibt Gemeinden, die zusätzlich zu den offiziellen Kursen sich um Sprachförderung bemühen. Es gibt viel Nachdenken, wie der Prozeß des Heimischwerdens unserer Rußlanddeutschen sich vollzieht. Wenn die Phase der Faszination der Irritation weicht und sich dann oft eine Zeit der Depression einstellt, sind unsere Gemeinden, sind wir als Christen und neue Nachbarn gefragt, ob der Dienst der mutmachenden Verkündigung und der nachgehenden Seelsorge geschieht. Viele Dienste kosten kein Geld, sie kosten nur unsere Zeit. Aber wer Zeit schenkt und aufmerksame Liebe, wird die Erfahrung machen, daß die alte geistliche Regel stimmt: Wer gibt, der empfängt.

Unsere Kirchen mit ihren Gemeinden, unsere Hauptberuflichen und vor allem auch unsere ehrenamtlich Tätigen haben ein weites Feld vor sich, weil wir auch nüchtern sehen müssen, daß immer mehr Rußlanddeutsche kommen, die noch nicht zur Gemeinschaft der an Gott Glaubenden gehören. Wir schulden aber auch ihnen das Evangelium. Bei einer Begegnung in Sibirien saß ein junger russischer Germanistikstudent am Tisch, der auf meine Frage, ob er zu einer Kirche gehöre, mir die Gegenfrage stellte: Was habe ich vom Glauben?

Um die Antwort auf diese Frage geht es auch bei den vielen jungen Menschen, die mit ihren Familien zu uns kommen und sich mit dem Einleben in neuer Umgebung besonders schwer tun. Es hilft ihnen nicht viel, wenn wir öffentlich ihre Probleme erörtern. Ihnen ist aber viel geholfen, wenn wir auf sie zugehen, geduldig die Distanz zu überwinden versuchen und ihnen helfen, **Vertrauen zu wagen**, Vertrauen auf Gott und auf die Menschen der neuen Umgebung.

Es wird Zeit, daß wir uns in unserer evangelischen Kirche wieder auf die eigenen Fähigkeiten, Gaben und Talente besinnen. Wir sollten nicht immer nur dem Staat in den Ohren liegen! Handeln wir nach der guten Losung der Zisterzienser: Die Tür steht offen, das Herz noch viel mehr. Porta patet, cor magis. ■

Anm.:

Pfarrer Dr. h.c. Karl-Heinz Neukamm ist der Beauftragte des Rates der EKD für die Fragen der Spätaussiedler und Heimatvertriebenen.

Kurz notiert

Woche der Brüderlichkeit
1996

„In unserer Mitte leben: mit uns leben“ ist das Motto der diesjährigen „Woche der Brüderlichkeit“. Die Eröffnungsveranstaltung findet am Sonntag, den 3. März 1996 in Freiburg statt und wird im Ersten Deutschen Fernsehen übertragen.

Zum Auftakt der „Woche der Brüderlichkeit“ verleiht der Koordinierungsrat jährlich die Buber-Rosenzweig-Medaille für besondere Verdienste beim christlich-jüdischen Dialog. Preisträger sind 1996 die Professoren **Joseph Walk** und **Franklin Hamlin Littell**, Mitbegründer der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Deutschland. ■



Wir haben etwas
zu sagen über Himmel
und Hölle

„Bei der Schriftstellerin Gabriele Wohmann fand ich den Satz: Die „Hauptarbeit“ der Kirche „ist die bergführerartige Arbeit, den Menschen auf dem Weg zum Glauben zu leiten“. Ein starkes Bild, eine anspruchsvolle Sache!

Unsere Kirche tut sich schwer, diesem Anspruch gerecht zu werden. Sie beschäftigt sich - mehr als notwendig und gut ist - mit hausgemachten Problemen. Das ist zwangsläufig der

Eindruck angesichts einiger Themen, die in den letzten Jahren die Gemüter in der evangelischen Kirche in Wallung brachten: Militärseelsorge, staatlicher Kirchensteuer-einzug, Trauung oder Segnung von gleichgeschlechtlichen Paaren. Zwar kommt die Kirche mit diesen Themen in die Schlagzeilen, aber nicht wegen der Sache, sondern wegen des Streitiges. Hinsichtlich des christlichen Glaubens und der Zukunft der Kirche sind es Randthemen.

Unsere Kirche beschäftigt sich auch mehr, als ihr gut tut, mit politischen und ethischen Themen. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Zwischen Religion und Politik, zwischen Glaube und öffentlicher Verantwortung besteht für mich nicht das Verhältnis eines Entweder-Oder. Der christliche Glaube drängt auf Weltgestaltung. Darum kann sich die Kirche nicht fernhalten von den Streitfragen der Gesellschaft. Aber die Proportionen müssen stimmen. Es muß erkennbar bleiben, was für die Kirche das Zentrum ist und was die Kreise um das Zentrum.

Wir geben ethische Urteile ab, im schlechtesten Fall äußern wir auch nur politische Meinungen. Das tun viele andere gesellschaftliche Kräfte auch. Aber wir tun nicht genug, unsere ureigene Sache, die Glaubenssache ins öffentliche Gespräch zu bringen. Warum ist das so? Findet die Kirche mit ihren angestammten Themen kein Interesse mehr? Wir glauben das bereits selbst so sehr, daß wir die „Marktlage“ falsch einschätzen. Vor zwei Jahren kam die Stammausgabe des neuen Evangelischen Gesangbuches heraus. Kaum jemand - auch ich nicht - hatte im Vorfeld daran gedacht,

dies offensiv in die Medien zu bringen. Bei einer Denkschrift zur ökologischen Krise oder einer Erklärung zur Asylpolitik wäre selbstverständlich gleich eine Pressekonferenz mit dem EKD-Ratsvorsitzenden angesetzt worden. Aber wen interessiert außerhalb der gottesdienstlichen Gemeinde ein neues Gesangbuch? Glücklicherweise gab es ein paar Leute, die diese Einschätzung in Zweifel zogen. Am Ende gab es kaum eine überregionale Zeitung, die nicht über das neue Gesangsbuch berichtet hätte.

Die Bürger und die Öffentlichkeit erwarten von der Kirche, daß sie in Glaubenssachen kompetent und auskunftsfähig ist, daß sie etwas zu sagen hat zu Himmel und Hölle, Heilung und Heil, Schuld und Vergebung, Beichte und Neuanfang, Gebet und Stille. Wenn jedoch die Kirche diese Erwartungen nicht befriedigt, dann bekommen andere Anbieter um so größere Chancen.

Frauen aller Konfessionen laden ein
Weltgebetstag

Freitag, 1. März 1996

Von Gott zur Antwort gerufen

In diesem Jahr kommt die Gebetsordnung für den 1. März aus Haiti, dem ärmsten Land der westlichen Erdhälfte.

Ich wünsche mir, daß wir es wieder lernen, verständlich und überzeugend zu reden von Gott und der Welt, von des Menschen Elend und des Menschen Hoffnung, vom Vorletzten und vom Letzten. ■

Vizepräsident Dr. Herrmann Barth ist Theologischer Leiter des Kirchenamtes der EKD. (aus: idea)

Der EAK-Niedersachsen lädt ein:

zur Landestagung:
**„Umwelt und Menschenrechte -
Christliche Moralvorstellungen und ihre
Grenzen in der Politik“**

am Samstag, 27. April 1996
im Parkhotel, Osnabrück

9.00 Uhr: Mitgliederversammlung mit Neuwahlen
10.30 Uhr: Öffentliche Tagung, u.a. mit:
Bundesminister Jochen Borchert, MdB
EAK-Bundesvorsitzender
Landessuperintendent **Dieter Zinßer**

Informationen bei: Gustav Isernhagen,
Tel.: 05196/1333, Fax: 05196/1223

Bücher

Hans Hartog:
Evangelische Katholizität.
Weg und Vision Friedrich
Heilers. Matthias-Grüne-
wald-Verlag Mainz, 1995,
306 Seiten

Die überragende ökumenische Bedeutung des einstigen Marburger Religionswissenschaftlers Friedrich Heiler (1882-1967), der unermüdlich für die Einheit der Christenheit eintrat, stellt das vorliegende Buch seinen Lesern vor Augen. Doch nicht nur dies rechtfertigt die Besprechung an diesem Ort. Kaum noch bekannt ist die Tatsache, daß seine Frau Anne Marie Heiler die erste Marburger CDU-Bundestagsabgeordnete war und auch an der Gründung des EAK beteiligt war.

Keine Biographie im üblichen Sinne ist dieses Buch über den heute, knapp drei Jahrzehnte nach seinem Tod, fast vergessenen Wegbereiter der Ökumene, das sein Schwiegersohn Hans Hartog vorlegt. Es beschreibt vielmehr den geistlichen Lebensweg des in München geborenen Friedrich Heiler, der ihn über die Grenzen seiner katholischen Mutterkirche hinausführte, hinein in die Sphäre evangelischen Christentums, an die Marburger theologische Fakultät, wo er 40 Jahre, bis 1960, als Religionswissenschaftler gelehrt hat.

Doch nicht sein umfangreiches wissenschaftliches Werk steht im Blick dieses Buches, sondern sein unermüdliches Wirken für sein kirchliches Lebensthema: die „Evangelische Katholizität“. Mit diesem programmatischen Schlagwort wollte Heiler die reiche liturgi-

sche und sakramentale Tradition seiner Mutterkirche und auch der Ostkirche mit evangelischer Freiheit verbinden.

Hans Hartog zeichnet nach, „was Heiler um seines ihm eigenen evangelisch-katholischen Lebenstraum willen unternahm und wie es sich auswirkte“, und er läßt dabei Heiler mit zahlreichen Zitaten selbst zu Wort kommen. Er hebt den maßgeblichen Beitrag Heilers in der Hochkirchlichen Vereinigung (später Evangelisch-ökumenische Vereinigung) hervor und schildert dessen umfangreiche Bemühungen um die liturgische, eucharistische und sakramentale Erneuerung der protestantischen Kirche.

Die spätere Auswirkung dieses Bestrebens, das im Zusammenhang mit der liturgischen Bewegung der Jahre zwischen den Kriegen stand, auf Agendenreform der lutherischen und unierten Kirche bleibt nicht unerwähnt. Heilers Bemühung um die Una-Sancta-Bewegung wird ebenso hervorgehoben wie seine Hoffnung auf eine Wende seiner Mutterkirche zur evangelischen Katholizität.

Bemerkenswert ist das Kapitel „Evangelische Marienverehrung“ wie auch dasjenige über „Die Frau und das Amt der Kirche“, aus dem hervorgeht, daß für Heiler das gleichrangige Miteinander von Mann und Frau eine Lebensfrage der Kirche war.

Der zeitgeschichtlich-biographische Aspekt kommt zur Geltung, wo Heilers entschiedene Ablehnung des Nationalsozialismus und die ihm deshalb widerfahrene Repression geschildert wird, ebenso auch in den drei Kapiteln über Heilers kirchliches Wirken im Krieg und in der unmittelbaren

Nachkriegszeit. Im Anhang dokumentiert die hier erstmals zugängliche, 44 Seiten umfassende Gesamtbibliographie das umfangreiche und vielseitige wissenschaftliche Werk Friedrich Heilers. ■

Gottfried Mehnert

Wilhelm Busch:
Christsein im Gegenwind
Religionskritische Aufsätze
und Artikel, 64 Seiten
ISBN 3-89009-961-0
Verlag Frieling & Partner,
Berlin 1995

Die radikale Infragestellung traditioneller Werte und der zunehmende Verlust überkommener Glaubensinhalte lassen bei vielen Menschen unserer Tage eine Leere entstehen, die sie orientierungslos macht.

Gegen diese Tendenzen einer tiefgreifenden „Wertelosigkeit“ will der Autor die biblischen Werte und Worte in seinen Aufsätzen auf neue Weise ins Gespräch bringen und ihre bleibende Aktualität unterstreichen.

Das Buch kann all jenen hilfreich sein, die sich ihre Weltanschauung nicht vom Zeitgeist diktieren lassen. ■

„Die Scientology –
Organisation – Ziele,
Praktiken und Gefahren –“

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom Bundesverwaltungsamt, 50728 Köln.

Diese Broschüre können Sie kostenlos bestellen beim BMFSFJ: 02 28/9 30-0 ■

Leserbrief

Betr.: EV Heft 12/95 / 1/96
„Staat und Kirche am
Scheideweg“

Dank für den ausgezeichneten und sachlichen Bericht von Prof. Nipkow. Als Bürger dieses Staates bin ich zutiefst betroffen von dem letzten Satz in diesem Artikel. Da sagt ein Abgeordneter im Gespräch mit der Kirchenleitung: „Was Werte sind in diesem Land, das bestimmen wir“. Hier wagt es ein Abgeordneter in der Nomenklatur des SED-Staates und aller totalitären Systeme zu behaupten, daß es die Regierung ist, die über Werte zu bestimmen hat. Sind wir schon wieder so weit, daß das geltende Grundgesetz in den Winkel geworfen wird, damit eine neue Diktatur die Werte der Gesellschaft bestimmen darf?

Als Bürger dieses Staates sind mir die Werte im Grundgesetz vorgegeben, angefangen bei der Menschenwürde. Die Staatsvertreter können doch nur die Frage in die Gesellschaft hinein stellen: „Wer hilft uns, der nachfolgenden Generation diese Werte zu vermitteln?“ Das ist doch völlig unabhängig davon, ob nur noch jedes fünfte Kind in einem Bundesland unmittelbaren Kontakt zu Kirche und Religion hat. Ein LER, der im „Niemandland der Gleichgültigkeit“ angesiedelt bleibt, ist der Totengräber des Grundgesetzes, weil er dessen Werte nur als Beliebigkeiten vermitteln kann. Ja, „der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“! ■

Johannes Hasselhorn
Oberlandeskirchenrat i. R.
Diedrich-Speckmann-Weg 15
29320 Hermannsburg

Kirche und freiheitliche Demokratie

Dresden. Die Aufgaben der Kirchen in der freiheitlichen Demokratie neunzig Jahre nach der Trennung von Staat und Kirche, fünfzig Jahre nach dem Faschismus und fünf Jahre nach der Wiedervereinigung formulierte **Jochen Borchert** als kritische Begleitung des Staates, ohne gegenseitige Beeinflussung, aber auch ohne gegenseitige Distanziertheit. Aufgabe der Kirche sei es, ausgehend von der Gottebenbildlichkeit des Menschen, auf Erhaltung und Einhaltung von Sittlichkeit und Würde zu drängen. „Die freiheitliche Demokratie ist ein wertefreies Instrumentarium, und gerade deshalb sind wir Christen vonnöten, unseren traditionellen ethischen Werten und Wertmaßstäben mit Hilfe dieses Instrumentariums Ausdruck zu verleihen und Geltung zu verschaffen.“ So sei in der Demokratie praktisch jegliche Regelung der Abtreibung möglich unter den beiden Aspekten „Selbstbestimmung“ und „Leben ist erstes Menschenrecht“. Die christliche Verantwortung schlosse aber auch das ungeborene Leben ein, und es gibt keinen Ausweg aus diesem Dilemma. So ist auch die Neufassung des § 218 Ausdruck dieses unlösbaren Konfliktes.

Erfreulich klar formulierte der Redner den Unwillen der Christen über die Interpretation des Kruzifix durch das oberste deutsche Gericht: „Das Kruzifix in den bayerischen Schulstuben ist nicht Ausdruck missionarischen Bestrebens, wie es fünf der Richter meinten, sondern Traditionssymbol des abendländischen Kulturkreises.“

Nach einer thematisch vielfältigen Diskussion wählte die Versammlung schließlich Staatsminister **Dr. Hans Geisler** wiederum zu ihrem Vorsitzenden. ■

„Die Zukunft der Familie in Deutschland“

Augsburg. Eines der Hauptprobleme von einem großen Teil unserer Gesellschaft stellt die Kinderfeindlichkeit dar, die sich in vielen Geschehnissen des öffentlichen Lebens äußert. So mißfällt vielen unserer Zeitgenossen der Lärm, den Kinder auf Spielplätzen und Kindergärten verursachen. Justizstaatssekretär **Bernd Kränzle** (CSU) wies darauf hin, daß die Politik nur die Rahmenbedingungen schaffen könne, seine Ausfüllung sei nur über das Bewußtsein zu erreichen. Zu diesem Rahmen gehöre z.B. die Entlastung von Familien durch mehr Kindergeld, wie sie jetzt im nächsten Haushalt verwirklicht werde. ■

Schutz von Frieden und Freiheit in Europa

Nienburg. Mit **Dr. Friedbert Pflüger**, dem CDU-Bundestagsabgeordneten aus Hannover und abrüstungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, präsentierte der Evangelische Arbeitskreis der Nienburger CDU einen profilierten Gastredner. Pazifismus bezeichnete Pflüger als ehrenhaft. Der Staat aber könne auf Landesverteidigung nicht verzichten.

Friedbert Pflüger befaßte sich mit dem Thema „Die Ethik der Abschreckung - Schutz von

Frieden und Freiheit in Europa“ und schätzte die sicherheitspolitische Situation in Osteuropa als „unsicher und instabil“ ein. Niemand wisse genau, wie die politische Entwicklung in Rußland angesichts der Erkrankung des russischen Präsidenten Jelzin und der bevorstehenden Parlamentswahlen, bei der radikale Parteien vermutlich zulegen würden, weitergehe. Der Konflikt auf dem Balkan sei ebensowenig gelöst wie andere auf der Welt. ■

Wahlen beim EAK-Frankfurt

Frankfurt. Zur Wahl zum EAK-Kreisvorstand stellte sich erneut **Brigitte Babbe**, die seit 1991 Vorsitzende ist. In ihrem Rechenschaftsbericht hob Brigitte Babbe auf die schwierige Situation der Großstadtkirche ab. „Der Wind weht den Kirchen hart ins Gesicht“, formulierte sie und begründete damit auch ihren Standpunkt, daß Behutsamkeit im Umgang zwischen Kirche und EAK angezeigt sei. Viel leichter sich aus der Ferne einen Eindruck von

der Abschiebungsproblematik auf dem Frankfurter Flughafen zu machen, als mitten drin zu stecken und die Nöte von Asylsuchenden und Mitarbeitern der Kirche zu erleben. Brigitte Babbe weiß, wovon sie redet.

Als engagierte Kirchenfrau in Frankfurt, in der hessischen Landeskirche und als EKD-Synodale erlebt sie hautnah Engagement von Christen, leidenschaftliches Einsetzen für die Unterdrückten, aber auch Mißverständliches, das der Erläuterung bedarf. ■

Wohin bewegt sich die Evangelische Kirche?

Heidelberg. Das Kirchenamt der Evangelischen Kirche und das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz haben gemeinsam eine 34 Seiten umfassende Stellungnahme „zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ herausgegeben. Auf einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU-Heidelberg sprach Minister **Prof. Dr. Wilhelm Hahn** zu dieser „Diskussions-

EAK Kreisverband Ludwigsburg:



Eine Reise durch das Leben des Reformators Martin Luther

Sonntag, 19.05.1996 bis Freitag, 24.05.1996

Reisepreis: DM 765,-
Leistungen: Reise, Ü/HP, Zimmer mit Du/WC, Führungen, Versicherungen, Einzelzimmerzuschlag DM 150,-

Information und Anmeldung:
Pfr. J. Bräuchle · Kirchplatz 9 · 71706 Markgröningen,
Telefon 071 45/99 60 · Telefax 071 45/99 60

Die Anmeldung ist bei Anzahlung von DM 150,- gültig (siehe Anmeldeabschnitt)

grundlage“ für ein gemeinsames Wort der Kirchen. Er sprach zu den theologisch relevanten Aussagen des Papiers. ■

**Kruzifixurteil:
Minderheiten machen
Mehrheit**

Mönchengladbach. Bei Vorstandswahlen Neuwahlen im Bezirk Niederrhein wurde **Jochim Roeske** (Mönchengladbach) als Vorsitzender, **Ernst Otto Schumann** (Kleve) und **Wolfgang Hemkens** (Wesel) als Stellvertreter gewählt.

Der Landesvorsitzende des EAK NRW, **Thomas Rachel** MdB, nahm noch einmal vehement zum Kruzifix Urteil des Verfassungsgerichtes Stellung und betonte, daß es nicht sein könne, daß eine Minderheit Mehrheitsmeinung rechtlich erwirken darf. Das Bundesverfassungsgericht verstehe das Kreuz als missionarisches Zwangssymbol. Im Gegenteil dazu symbolisiere das Kreuz aber gerade auch die besondere Toleranz Andersdenkenden gegenüber, die dem Christentum wesensgemäß ist. Das Kreuz repräsentiere die christlich-abendländische Tradition und ihr kulturelles Wertgefüge, auf das unsere Verfassung in der Präambel ausdrücklich aufbaut. ■

**Evangelische Kirche
stellt sich auf
Regierungsumzug ein**

Berlin. „Berlin wird Regierungssitz - bleibt für die Kirche alles beim alten?“ Mit dieser Frage hatte der evangelische Arbeitskreis der CDU Propst **Karl-Heinz Lütcke** konfrontiert. Der Propst kündigte ein Innenstadtkonzept an. Dazu würden City-Kirchen gehören. Trotz der engen Finanzlage seien neue missionarische Wege nötig. ■

**„Schritte auf dem Weg
des Friedens“**

Herford. Eine sehr zahlreiche Zuhörerschaft konnten **Herr Bückendorf** und **Frau Schilling**, beide stellvertretende Vorsitzende des EAK im Bezirk Ostwestfalen/Lippe, begrüßen. Das Thema dieser Bezirksveranstaltung waren die „Orientierungspunkte für eine neue Friedensethik“, ein Beitrag der EKID, „Schritte auf dem Weg des Friedens“. Referent dieses Abends war der Bundestagsabgeordnete des Kreises Herford, **Dr. Reinhard Göhner**. Als Mitglied in der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKID hatte er engagiert an dieser Denkschrift mitgearbeitet.

**Trittbrettfahrer zur
Kasse bitten!**

Worms. Das forderte Sachsens Sozialminister **Dr. Hans Geisler** auf einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Worms. Insbesondere im Bezug zu der Situation in den neuen Bundesländern wies der Minister darauf hin, daß es nicht angehe, daß 100% der Bevölkerung die sozialen und kulturellen Dienste der Kirchen in Anspruch nähmen, aber nur 20-25% Kirchensteuern zahlten.

Deshalb schlug der Minister die Erhebung einer Sozial- oder Kultursteuer vor, die natürlich nur den Anteil der Kirchensteuer betreffen könne, mit dem die Dienste der Kirchen für die Allgemeinheit finanziert würden, nicht den Anteil, mit dem z.B. die Pfarrer bezahlt werden. Da man sich im Westen inzwischen auf den



Dr. Hans Geisler (re.), Ulrich Oelschläger (mi.) und Dr. Rudolf Kriszeleit (li.) im Gespräch zur Kirchensteuer

Einzug der Kirchensteuer durch die Finanzämter eingestellt habe, solle man das gegenwärtige Verfahren ruhig beibehalten. Die Erfahrung in der evangelisch-lutherischen Kirche Sachsens zu DDR Zeiten habe jedoch gezeigt, daß man nicht so „kleingläubig“ zu sein brauche und seine Abgaben auch selbst einsammeln könne.

Auf den Einwand des EAK-Vorsitzenden **Ulrich Oelschläger** hin räumte der Minister jedoch ein, daß die Steuererhebung aufgrund der Selbsteinschätzung der Mitglieder in der DDR zu man-

cherlei Ungerechtigkeiten geführt habe - Schwankungen der Zahlungen von 0,5-10% der Bemessungsgrundlage seien vorgekommen. So vertrat der eingeladene Diskussionspartner des Ministers, der Leiter der Finanzabteilung der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau (EKHN), Oberkirchenrat **Dr. Rudolf Kriszeleit**, die Ansicht, nur das gegenwärtige Einzugsverfahren sichere eine gewisse Verlässlichkeit der Einnahmen und stelle sicher, daß die Dienste der Kirche vorläufig noch im bisherigen Umfang angeboten werden könnten. ■

Der EAK-Rheinland-Pfalz lädt ein:

Zur Landestagung
am Samstag, 2. März 1996, 10 Uhr
im Städtischen Spiel- und Festhaus, Worms

**„Die Umwelt erhalten -
Politik zwischen Interesse und Moral“**

mit dem EAK-Bundesvorsitzenden
Bundesminister Jochen Borchert, MdB

Informationen und Anmeldung:
Ulrich Oelschläger, Schöfferstr. 20,
67547 Worms, Tel.: 062 41/3 72 48

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · Redaktion: Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Telefon (0228) 544-305/6 · Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Abonnement-Preis jährlich 20,- DM · Konto: EAK, Postgiroamt Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn · Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100% chlorfrei

Schülerwettbewerb:

"Luthers Beitrag zur Entwicklung des sozialen Staates"

Unter dieser Überschrift lädt der EAK-Bundesvorsitzende, Bundesminister Jochen Borchert, Schülerinnen und Schüler der Klassen 10 bis 13 (als Klasse, Leistungsgruppe, Kurs) zu einem Wettbewerb aus Anlaß des Lutherjahres 1996 ein.

Die Einladung möchte erreichen, daß Martin Luther und sein „Dienst am Menschen“ wieder stärker ins Bewußtsein gerufen wird.

„Denn der Mensch lebt nicht allein in seinem Leib, sondern auch unter anderen Menschen auf Erden. Darum kann er nicht ohne Werke gegenüber diesen sein. Er muß immer mit ihnen zu reden und zu schaffen haben, obgleich ihm keines dieser Werke zur Gerechtigkeit und Seligkeit notwendig ist.“

(aus: *Von der Freiheit eines Christenmenschen, 1520*)



(Auszug aus der Ausschreibung mit Zitaten aus Luthers Hauptschriften)

Einsendeschluß für die Arbeiten des Luther-Wettbewerbs ist der 1. September 1996. Einsendungen mit diesem Poststempel werden noch berücksichtigt. Die Preisverleihung und Würdigung der drei besten Arbeiten findet am 11. November 1996 in Bonn statt.

Als Preise winken: eine dreitägige Klassenfahrt zu den Wirkungsstätten Luthers in Thüringen (1), eine Prämie für die Klassenkasse in Höhe von 500 DM (2) sowie eine Prämie für die Klassenkasse in Höhe von 300 DM (3). Die Preise 4 bis 10 sind Büchergutscheine im Wert von insgesamt 1.000 DM.

Einzelne Exemplare des Lutherwettbewerbs können Sie bei uns bestellen:

EAK der CDU/CSU, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.: 02 28/5 44-302

Unsere Autoren:

Dr. Fritz Hähle, MdL
Holländische Str. 2
01067 Dresden

Prof. em. Dr. Christian Walther
Herkenkrug 35
22359 Hamburg

Klaus Riegert, MdB
Bundeshaus
53113 Bonn

Sigrid Reihls
Querenburger Höhe 294
44801 Bochum

Dr. Karl Heinz Neukamm
Seligenporter Str. 5 a
90453 Nürnberg